

# Auer Tageblatt

Erhaltenen werden die Nachrichten für die nächsten Tage des Monats...  
Preis pro Stück 10 Pfennig. — Einjahrespreis 10 Mark.  
Verlagsort: Auer, Nr. 13.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Angewandte die Anzeigen...  
Preis pro Zeile 10 Pfennig.

Ergebnisse: Eingekauft Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Druck- und Verlagsort: Auer, Nr. 13.

Nr. 4

Mittwoch, den 6. Januar 1926

21. Jahrgang

### Kürst Ludwig Windischgrätz als Führer der Frankenfälschung verhaftet.

Budapest, 4. Jan. Die Polizei hat heute vormittag den Prinzen Ludwig Windischgrätz, der als Führer der Frankenfälscherbande festgenommen wurde, in Haft genommen und nach kurzem Verhör der Staatsanwaltschaft überliefert, wo er in derselben Zelle untergebracht wurde, die Edmund v. Beniczky, der wegen Horthy-Verleumdung verurteilte frühere Minister, heute früh verlassen hat. Ferner wurde der bisherige Landespolizeichef Emmerich v. Radossy zur Polizei geladen, um dort als Beschuldigter in der Frankenfälscheraffäre verhört zu werden. Bisher sind 45 Personen als Mitglieder der Fälscherbande festgenommen, aber noch mehr in Freiheit.

Das amtliche ungarische Telegraphenbüro bestätigt die Nachricht von der Verhaftung des Prinzen Windischgrätz. Es gibt dabei eine Darstellung, die den Anschein erweckt, als ob die ungarischen Behörden mit dem größten Eifer die Nachforschungen betrieben hätten. Das Gegenteil ist der Fall und ohne das Eingreifen der französischen Polizei und dem Druck der französischen Regierung hätten die Nachforschungen der ungarischen Polizei ohne Zweifel das Ergebnis gehabt, daß die „Unschuld“ der Urheber der Fälschungen amtlich festgestellt worden wäre. Denn die ganze Affäre bedeutet eine Vlogstellung der rechtsradikalen Kreise Ungarns bis zu den höchsten Spitzen, die der Regierung gegenüberstehen, wie sie in der neueren Geschichte kaum je da war. Schon die Tatsache, daß der oberste Polizeibeamte des Landes einer der Hauptbeteiligten war, zeigt zur Genüge, was die Polizei ohne den Zwang von außen angefangen hätte, als aus dem Haag die Meldung kam, daß dort der ungarische Oberst Janowski, ausgerüstet mit einem Kurierpaß der ungarischen Regierung, festgenommen worden sei und daß in seinem Kuriergepäck 10 Millionen Franken falscher französischer Banknoten gefunden worden seien. Nachdem diese Bemühungen vergeblich gewesen sind, machen die ungarischen Behörden gute Miene zum bösen Spiel, wie aus der folgenden offiziellen Darlegung hervorgeht:  
Das ungarische Telegraphen-Korrespondenz-Büro meldet: „In der Untersuchung wegen der gefälschten und in den Verkehr gebrachten französischen Tausend-Francs-Noten ist eine entscheidende Wendung eingetre-

ten. Im Laufe des gestrigen Tages sind der Polizei schwer belastende Beweise in die Hände gefallen, daß Prinz Ludwig Windischgrätz und seine bisher unbekanntem Genossen zwar nicht aus persönlicher Gewinnsucht, sondern aus Beweggründen, die sie für patriotisch hielten, die Fälschungen begangen haben. Auf Grund der Beweise hat die Polizei im Laufe des heutigen Tages den Prinzen Ludwig Windischgrätz in Gewahrsam genommen. Diese neue Richtung der Untersuchung hat es ermöglicht, daß die Angelegenheit nunmehr innerhalb kurzer Zeit vollkommen aufgedeckt werden und das Publikum über sie innerhalb einiger Tage eine ausführliche Orientierung erhalten kann. Im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit hat der Minister des Innern den Landespolizeichef Emmerich Radossy von seinem Amte enthoben und gegen ihn die Disziplinaruntersuchung wegen in seiner Amtstätigkeit begangener Unterlassungen angeordnet. Die Untersuchung hat bisher noch keinen entscheidenden Beweis geliefert, in welcher Richtung die gefälschten Scheine hergestellt worden sind. Der Minister des Innern hat daher in dieser Hinsicht weitere strenge Verfügungen getroffen, speziell die Vernehmung einiger solcher Beamten angeordnet, die in der staatlichen Druckerie beschäftigt sind.“

### Der Umsturz war bereits bis ins Einzelne vorbereitet

und ohne Aufdeckung der Fälschungen wäre wohl heute eine Diktatur in Ungarn am Ruder. Graf Tisza, der Schwager des verhafteten Notenfälschers Janowski, sollte die nötige bewaffnete Gewalt liefern. Der Landespolizeichef Radossy stand als präsumierter Innenminister in Bereitschaft, um die notwendige Vollstreckung zur Verfügung zu stellen; der politische Direktor des Ministeriums des Außern, Graf Karl Kueheneder, der Sohn des kroatischen Banus, spannte die auswärtigen Fäden. Der Plan war schon so weit gediehen, daß der Ministerpräsident des Reiches, Graf Klebelsberg, in allen Provinzzeitungen der erwachsenen Ungarn einen mit seinem Namen bezeichneten Artikel veröffentlicht ließ, in dem vom Parlamentarismus Abschied genommen und die Vortrefflichkeit der Diktatur auseinandergesetzt wird.

### Amerikanisch-deutscher Stahlruß?

New York, 4. Januar. Die New Yorker Zeitungen, besonders „World“, „Herald Tribune“ und „Chicago Tribune“, bringen die außerordentlich aufsehenerregende Nachricht, daß eine große Trustverschmelzung amerikanischer und deutscher Stahlindustrien bevorsteht. Die Verschmelzung soll auf amerikanischer Seite die Werke umfassen, die der Bankfirma Dillon Reed u. Co. gehören.  
Dillon Reed ist die jüngste Macht in Wallstreet, der ehemalige Darwandpräsident, der heute erst 34 Jahre alt ist, wird als der „Morgan von morgen“ bezeichnet und spielt heute bereits eine führende Rolle bei allen Finanzattraktionen Wallstreet. Vor allem hat er seit der vorjährigen Auflegung der deutschen Dawes-Anleihe sich stets an die Spitze aller deutschen Finanzierungsversuche gestellt und übernahm u. a. als ein Hüter des von Warburg (International Acceptance Bank) damals eingeleiteten 100-Millionen-Dollar-Kreditkredites für Deutschland und Mitteleuropa.  
Dieser junge, rührige Finanzkapitän besitzt auch ererbte Stahlwerke, die bisher neben den Schwabischen Stahlgruppen weniger Bedeutung hatten. Er scheint nun auch die Führerschaft auf dem Stahlmarkt anzustreben und den Kampf gegen Schwabs Vormachtstellung aufnehmen zu wollen. Das scheint der Sinn der Interessensfusion mit der mächtigen deutschen Stahlindustrie zu sein.  
Als deutsche Partner der Vertrustung werden von „World Tribune“ die Gruppen  
Thyssen, Otto Wolf, Rhein-Albe, Rhein-Kahl, Altköner und ebenfalls auch Krupp genannt.  
Die deutsche Produktionsfähigkeit des neuen Trustes würde 14 Millionen Tonnen Stahl darstellen, sie würde also den Kampf gegen Schwab durchaus ermöglichen. Die formelle Verschmelzung der Trusten durch Dillon Reed soll schon in den nächsten Tagen zu erwarten sein.

Diese Nachricht wurde bereits nach einer Stunde von der Wall-Street dementiert. Man glaubt, daß derartige Gerüchte aus den Kreisen der Wallstreet wohl laubar werden. Vorläufig sind alle diese Gerüchte vollständig aus der Luft geblasen.

### Dementi der Firma Dillon Reed & Co.

New York, 5. Jan. Die Bankfirma Dillon Reed & Co. erklärt die Nachrichten über eine Verschmelzung mit dem beschriebenen Zusammenschluß deutscher Stahlindustrien für unzutreffend. Ein leitender Beamter

der Firma erklärte dem hiesigen Vertreter des B.T.Z., daß der deutsche Montantrust eine innere deutsche Angelegenheit sei, mit welcher Dillon Reed u. Co. nichts zu tun habe.

### Abbau der Militärkontrolle.

Berlin, 5. Januar. Dem demokratischen Zeitungsblatt zufolge hat der Präsident der interalliierten Kontrollkommission, General Walsh, an den General von Pawels ein Schreiben gerichtet, in dem er mittelst, daß mit dem ersten Januar die Kontrollkommission der interalliierten Militärkontrollkommission aufgehoben werde. Als provisorische Posten bleiben einstweilen lediglich in Königsberg und München Gruppen von je zwei Offizieren als Abgesandte der Berliner Zentralstelle bestehen.

### Die Karlsruher Interalliierte Militärkontrollkommission nach Frankreich zurückgekehrt.

Karlsruhe, 4. Jan. Die Interalliierte Militärkontrollkommission, bestehend aus Major Callault und einem weiteren französischen Offizier, sowie sechs französischen Unteroffizieren und Mannschaften, die nach Abschluß des Waffenstillstandes zur Überwachung der neutralen 50 Kilometerzone in Karlsruhe eingerichtet und im Hotel „Germania“ untergebracht worden war, verließ am Sonnabend Karlsruhe und ist nach Frankreich zurückgekehrt.

### Verhaftung eines deutschen Führers in Südtirol.

Innsbruck, 4. Jan. Nachdem vor einigen Tagen Dr. Josef Molin-Salurn verhaftet worden war, ist, wie gemeldet wird, am Heiligen Abend in Tramin ein anderer deutscher Führer verhaftet worden. An diesem Tage erschienen Carabinieri in Begleitung von faschistischer Miliz im Hause des ehemaligen Schulleiters Josef Riedl, um nach Waffen zu suchen. Obgleich Riedl nach seiner Erklärung niemals Waffen aufbewahrt hat, wurde auf dem Dachboden Munition gefunden, von deren Dasein Riedl keine Kenntnis hatte. Es besteht die Möglichkeit, daß die Munition vor der Hausdurchsuchung von fremden Personen im Dachraum untergebracht worden ist. Riedl wurde noch am Weihnachtabend nach Rom marsch eingeleitet.

### Das „Festgeschenk“ des Völkerbundsrats an die Freie Stadt Danzig.

Der Völkerbundsrat hat am 9. Dezember in Genf entschieden: Das polnische Munitionslager auf der Westerplatte bleibt bestehen und Polen ist berechtigt, eine Militärmacht von 66 Mann, 30 Unteroffizieren und 2 Offizieren zur Bewachung des Lagers dort zu unterhalten. Eine polnische Uniform darf das polnische Wachpersonal außerhalb des Munitionslagers nicht tragen. Dieser Beschluß ist entgegen der vom Danziger Völkerbunds-Kommissar, Mac Donnell, und dem Präsidenten Sachm gemachten Einwänden gefaßt worden. Hierzu gab der schwedische Außenminister Anden die Anregung, die polnische Wache mit ihrem militärischen Charakter abzusuchen und eine Zivilwache einzurichten. Diese Anregung wurde vom Präsidenten Sachm angenommen, da eine Zivilwache mit der Danziger Polizei zusammenarbeiten könne, weil das Gebiet der Westerplatte nicht das Recht der Extraterritorialität besitze und daher den Befehlen und der Polizei von Danzig unterstellt sei. So war der Weg zur Wahrung der Danziger Rechte noch einmal gegeben, aber auf Anregung von Chamberlain sah der Rat davon ab, auf diesen Vorschlag einzugehen, da diese Angelegenheit zwischen dem Völkerbunds-Kommissar und den beiden Regierungen geregelt werden könnte. Zum Schluß auch noch das Vorschreiben einer für Danzig hochwichtigen Frage: „Die Regelung derartiger Fragen zwischen den Regierungen und dem hohen Kommissar über bisher in allen ähnlichen Fällen unentschieden oder die Entscheidungen des Kommissars wurden vom Völkerbundsrat aufgehoben. Daneben wurde von dem Berichterstatter des Völkerbundsrats, Quinones de Leon, Spanien, ausdrücklich festgestellt, daß die von Danzig aufgeworfene Frage, ob Danzig von der polnischen Flotte als Anlegehafen benutzt werden kann offen bleibt. Die Bevölkerung Danzigs kann, ja fast scheint es, sie soll nicht zur Ruhe kommen. — Was bedeutet dieses Festgeschenk für Danzig? — Um das zu ersehen, müssen drei Dinge in Betracht gezogen werden: 1. Der Artikel 8 des Versailler Diktats: „Die Verfassung der Freien Stadt Danzig wird vom Völkerbund gewährleistet.“ 2. Artikel 6 der Danziger Verfassung: „Die Freie Stadt Danzig darf nicht als Militär- und Marinebasis dienen.“ 3. Die Erklärungen des Völkerbundes von 1920, der sich verpflichtete, die politische Unabhängigkeit der Freien Stadt zu achten und gegen alle Angriffe von außen zu schützen.“ Die neueste Entscheidung des Völkerbundes verstößt also: 1. gegen Artikel 108 des Versailler Diktats, 2. gegen den Artikel 6 der Danziger Verfassung und 3. gegen die Erklärung des Völkerbundes von 1920 und das bedeutet für Danzig eine dauernde Bedrohung, eine dauernde Gefahr für seine Selbstständigkeit, seine politische Unabhängigkeit und seine territoriale Unversehrtheit. Betrachtet man anschließend alle bereits vorangegangenen Vertragsbrüche, wie den Postkonflikt, die Errichtung einer polnischen Eisenbahndirektion, die Ausführung eines unerlaubten Eisenbahnprojekts auf der Westerplatte, die Stationierung von 15 polnischen Kriegsfahrzeugen mit 600 Mann Besatzung im Danziger Handelshafen, so ist die schwere Sorge der Danziger Bevölkerung verständlich, mit der sie diesem letzten Verfassungsbruch entgegensteht, der weitere und unabsehbare Gefahren in Gestalt einer beginnenden Besetzung Danziger Gebiets mit einer kriegsstarren Kompanie in sich birgt. Wenn Polen im Gebirge Polen, der an Danziger Gebiet stößt, nicht die beste Gelegenheit hätte, dort sein Munitionslager zu errichten und dort seine Schiffe und sicher zu stationieren und anlegen zu lassen, so könnte man vielleicht die Wünsche Polens nach der Richtung, wenn auch nicht erfüllbar, aber doch begreiflich finden. Wie die Sachen indessen liegen, merkt man die Absicht und man wird verstimmt. Was bleibt der „Freien“ Stadt Danzig übrig, nachdem es durch Volkstag und Senat, wie vor dem Völkerbund vergebens gegen die erneute Vergewaltigung protestiert hat? Nichts als das einzige Mittel aller Schwachen und Wehrlosen, nichts als die Stimme, nichts als das Wort. Und diese Stimme erhebt Danzig jetzt: Deutsches Reich, du sollst es wissen, das deutsche Danzig, das deutsche Volkwerk im Osten ist in Gefahr. Man wählt, man bröckelt, man rüttelt an seinen Fundamenten und man bedroht mit Danzig zugleich den Frieden Europas. Möge der Völkerbund sich bestimmen, damit sein Festgeschenk an Danzig nicht zum Danaergeschenk für Europa werde!  
Dr. Meyer, Rottmannsdorf-Danzig.

### Gerüchte.

Berlin, 4. Jan. Eine Wiener Morgenzeitung hat heute die Nachricht verbreitet, das kaiserliche Kabinet stelle zurzeit Erhebungen über den Ursprung der falschen Nachricht an, daß die englische Regierung gegen die Einladung protestiert habe, die Generaloberst von Seodt seinerzeit an den russischen Volkskommissar Tschischerin gerichtet habe; man vermutet, daß die Information der Korrespondenz, welche diese Nachricht gebracht habe, aus dem Kreise des deutschen Botschafters in Moskau, Grafen Brodowski-Wansau, komme. Hieran knüpft das Blatt Mitteilungen über die angebliche polnische Einstellung des Botschafters und behauptet endlich, daß der Botschafter sich während seines Aufenthalts in Berlin bisher mit dem Staatssekretär des kaiserlichen Amtes noch nicht in Verbindung gesetzt habe und daß man in politischen Kreisen davon spreche, daß der Ausbruch eines offenen Konfliktes zwischen dem Kaiserreich